

Sehr geehrte Damen und Herren,

gestern in der Ratssitzung sind seitens SPD und B90G Vorwürfe in öffentlicher Sitzung getätigt worden, die einer Richtigstellung bedürfen. Anlass war die Nachbesetzung der 2. stellv. Bürgermeisterin. Nach der Kommunalwahl 2020 hatte die CDU nach dem Verhältniswahlrecht gemessen am Fraktionsergebnis der Wahl das Vorschlagsrecht für beide Positionen. Auf dem „Ticket“ der CDU wurde Frau Ursula Witten aufgenommen. Da keine anderen Vorschläge eingereicht wurden, ist dann über den einzigen Listenvorschlag abgestimmt worden.

Frau Ursula Witten hat im Vorfeld der Sitzung den Fraktionsvorsitzenden der CDU über Ihre Amtsniederlegung informiert und den Rücktritt schriftlich beim BM eingereicht. Die CDU hat daraufhin fristgerecht einen Antrag für die Nachfolgewahl eingereicht.

Dieser Punkt wurde ordnungsgemäß in die Tagesordnung der gestrigen Ratssitzung aufgenommen. Mit der Bezeichnung: „Antrag der CDU Fraktion: hier Vorschlag für die Besetzung des Amtes als 2. Stellv. Bürgermeisterin“ war der Tagesordnungspunkt auch hinreichend benannt, so dass jede / jeder der Einladung entnehmen konnte, was unter diesem Punkt zu verstehen ist!

Die Einladung wurde an die 5 RM, welche noch schriftliche Einladungen erhalten, durch Gemeindeboten am Freitag den 02.06. zugestellt. Die anderen RM haben mit Mail vom Ratsbüro am 02.06.2023 um 10.22 Uhr die Einladung erhalten. Somit wurde der Rat formgerecht nach § 2 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Rates eingeladen. Ebenfalls wurde die 10tägige Einladungsfrist (05.06.) gem. § 2 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates erfüllt.

Die in der Sitzung vorgetragenen Vorwürfe seitens der SPD und den Grünen hinsichtlich einer nicht korrekten Einladung entbehren somit jeglicher Grundlage.

Wie bereits mehrfach betont, haben die RM einzig das Recht auf eine fristgerechte Übersendung der Einladung inkl. Tagesordnung. Auf erläuternde Vorlagen der Verwaltung besteht kein Rechtsanspruch! Davon abgesehen: Die RM von Grünen und SPD führten aus, dass die Vorlage zum TOP 4.1 (stellv. BM) erst am Montag dieser Woche im Ratsinformationssystem lesbar gewesen sei.

Die betreffende Vorlage wurde am 02.06. um 08.04 Uhr für das Internet freigegeben (im Übrigen auch das Druckbuch). Ich habe nachfolgend den Timestamp aus dem Ratsinformationssystem als Bildschirmdruck beigefügt:

Session (Standard) - 23/2703, Antrag der CDU-Fraktion: hier Vorschlag für die Besetzung des Amtes als 2. Stellv. Bürgermeisterin

23/2703, Antrag der CDU-Fraktion: hier Vorschlag für die Besetzung des Amtes als 2. Stellv. Bürgermeisterin

Datum	Termin	Erledigt	Bearbeitung	Aufgabe	TOP	Ergebnis
02.06.2023 09:04		02.06.2023 08:04	Berndt, Monja (Fachbereich 9)	Freigabe Vorlage Internet		
31.05.2023 16:47	02.06.2023	01.06.2023 15:28	Rudemoss, Hilko (Fachbereich 9)	Wertzeit, * # Bürgermeister zur Schlußberechnung		* Aufgabe erfüllt
31.05.2023 15:58	02.06.2023	31.05.2023 16:05	Reis, Sonja (Fachbereich 9)	Weiterleitung an den Fachbereichsleiter		* Aufgabe erfüllt
31.05.2023 15:58	02.06.2023	31.05.2023 16:47	Mast, Rainer (Fachbereich 9)	Weiterleitung zur Kenntnis an Kämmerei		* Aufgabe erfüllt
31.05.2023 15:58		31.05.2023 15:58	Berndt, Monja (Fachbereich 9)	Vorlage erfasst		

3800

Somit stand die erläuternde Vorlage ebenfalls bereits am 02.06. zum Abruf im Ratsinformationssystem. Frau Berndt hat am gleichen Tag (02.06.) gegen 14.00 Uhr die Abrufbarkeit geprüft. Die Abrufbarkeit war für alle Vorlagen, aber auch für das Druckbuch, in dem alle Vorlagen in einer PDF – auch die Vorlage zu TOP 4.1 – enthalten sind, gegeben.

Auch die Vorwürfe von SPD und Grüne in der Sitzung über eine verspätete Unterlagenübersendung entbehren somit jeglicher Grundlage!

Verlauf der Sitzung:

Wie von mir vorgeschlagen, wurde vor Aufruf des Tagesordnungspunktes eine Beratungspause eingelegt. Zum Ende der Beratungspause wurde ich zu einem Gespräch gebeten. Hier wurde ich u.a. von Herrn Köstering und Frau Saynisch aufgefordert, den Tagesordnungspunkt 4.1 von der Sitzung zu nehmen, andernfalls würde man gegen die Ausschussumbesetzungen stimmen um das einstimmige Votum zu verlassen damit die Neubesetzung der Ausschüsse erforderlich sei!

Von der Tagesordnung nehmen:

Was ist das für ein Demokratieverständnis von SPD und B90G? Der BM soll einen Tagesordnungspunkt mitten in der Ratssitzung kraft seiner Worte (eine Rechtsgrundlage gibt es hierfür nicht) von der Tagesordnung nehmen? Also kann ich (wenn ich den Gedankengängen von SPD und B90G folge) mitten in einer Ratssitzung einen Tagesordnungspunkt z.B. von den Grünen einfach absetzen???? Was ist das für ein Rechtsverständnis?

Liebe SPD und B90G:

Wenn die Tagesordnung durch den Bürgermeister erstellt wurde und versandt wurde, hat die Tagesordnung die Hoheit des Bürgermeisters verlassen und ist in die Hoheit des Rates übergegangen. Auch wenn die Nachwahl ohne Aussprache stattfindet, so gehen Geschäftsordnungsanträge immer vor: Das richtige Mittel für SPD und B90G wäre ein Antrag nach § 13 Absatz 1 Buchstabe d unserer Geschäftsordnung auf „Vertagung“ gewesen! Über die Vertagung entscheidet dann der gesamte Rat.

Stattdessen wurde der BM zu einer rechtswidrigen Handlung aufgefordert mit dem Versuch Druck aufzubauen. Wenn der BM den TOP nicht von der Tagesordnung nimmt, dann stimmen wir gegen die Ausschussumbesetzungen! Es versteht sich von selbst, dass ich diesem rechtswidrigen Ansinnen nicht nachkommen konnte!

Es hat sich dann im Nachgang herausgestellt, dass der Versuch von SPD und B90G ins Leere gelaufen ist! (hierzu siehe meine Mail von 12.27 Uhr vom heutigen Tage). SPD und B90G mit ihrem Verhalten haben aber auch bewiesen, wie notwendig die Gesetzesergänzung durch den Landesgesetzgeber seinerzeit war. Damit hat man verhindert, dass einzelne Ratsmitglieder die Einstimmigkeitserfordernisse missbräuchlich nutzen können.

Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass die Verwaltung form- und fristgerecht eingeladen hat, darüber hinaus auch die begründenden Unterlagen seit dem 02.06. zur Verfügung standen. Die lautstark von SPD und B90G diesbezüglich vorgebrachten Vorwürfe entbehren jeglicher Grundlage. Außerdem fordere ich SPD und B90G auf, in Zukunft die Rechte des Rates zu akzeptieren und weise eine rechtswidrige Einflussnahme entschieden zurück!

Mit freundlichen Grüßen
Hilko Redenius